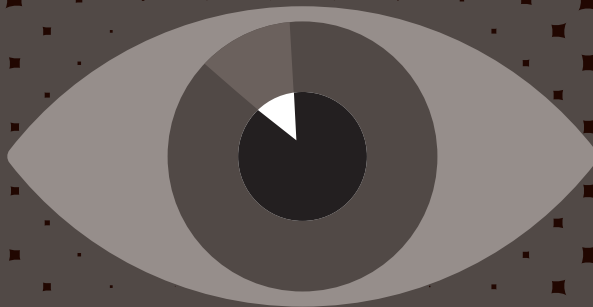


**Stasi-Methoden**

**damals wie heute**



Wie funktioniert  
die »leise Repression«  
und wer nutzt diese  
Methoden heute?

# ” Man wird die **Stasi-Strukturen** genau untersuchen – um sie dann zu übernehmen.

Bärbel Bohley, Bürgerrechtlerin

»Alle diese Untersuchungen«, sagte sie, »die gründliche Erforschung der Stasi-Strukturen, der Methoden, mit denen sie gearbeitet haben und immer noch arbeiten, all das wird in die falschen Hände geraten.

**Man wird diese Strukturen genauestens untersuchen – um sie dann zu übernehmen.**

Als wir verblüfft schwiegen, fuhr sie fort: **»Man wird sie ein wenig adaptieren, damit sie zu einer freien westlichen Gesellschaft passen.** Man wird die Störer auch nicht unbedingt verhaften. Es gibt feinere Möglichkeiten, jemanden unschädlich zu machen. **Aber die geheimen Verbote, das Beobachten, der Argwohn, die Angst, das Isolieren und Ausgrenzen, das Brandmarken und Mundtotmachen derer, die sich nicht anpassen – das wird wiederkommen, glaubt mir. Man wird Einrichtungen schaffen, die viel effektiver arbeiten, viel feiner als die Stasi. Auch das ständige Lügen wird wiederkommen, die Desinformation, der Nebel, in dem alles seine Kontur verliert.**«

Bärbel Bohley im Gespräch mit Chaim Noll, veröffentlicht bei der »Achse des Guten« am 03.03.2019 (»Bärbel Bohley: Die Frau, die es voraussah«)

## Inhaltsverzeichnis

|                                 |    |
|---------------------------------|----|
| Was ist »Zersetzung«? .....     | 4  |
| Der NGO-Komplex .....           | 6  |
| Die Rolle der Antifa .....      | 10 |
| Schauprozesse & »Lawfare« ..... | 12 |
| »Debanking« & Enteignung .....  | 14 |

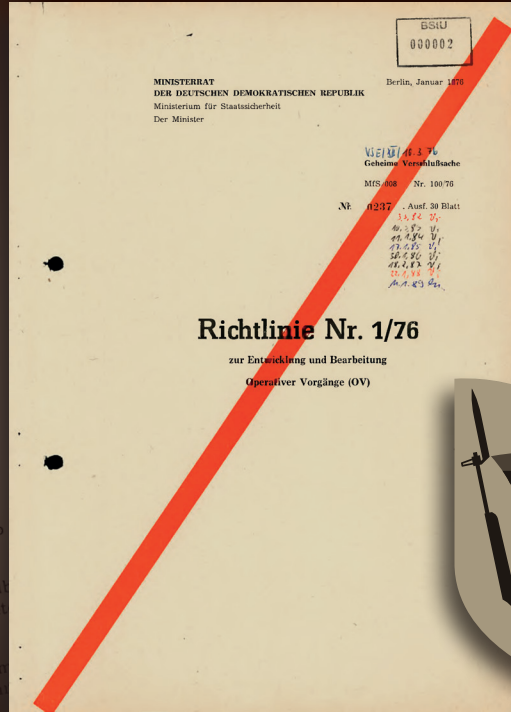
# Was ist »Zersetzung«?

## 2.6.2. Formen, Mittel und Methoden der Zersetzung

Die Festlegung der durchzuführenden Zersetzungsmaßnahmen hat auf der Grundlage der exakten Einschätzung der erreichten Ergebnisse der Bearbeitung des jeweiligen Operativen Vorganges, insbesondere der erarbeiteten Ansatzpunkte sowie der Individualität der bearbeiteten Personen und in Abhängigkeit von der jeweils zu erreichenden Zielstellung zu erfolgen.

Bewährte anzuwendende Formen der Zersetzung sind:

- systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes, des Ansehens und des Prestiges auf der Grundlage miteinander verbundener wahrer, überprüfbarer und diskreditierender sowie unwahrer, glaubhafter, nicht widerlegbarer und damit ebenfalls diskreditierender Angaben;
- systematische Organisierung beruflicher und gesellschaftlicher Mißerfolge zur Untergrabung des Selbstvertrauens einzelner Personen;
- zielstrebige Untergrabung von Überzeugungen im Zusammenhang mit bestimmten Idealen, Vorbildern usw. und die Erzeugung von Zweifeln an der persönlichen Perspektive;
- Erzeugen von Mißtrauen und gegenseitigen Verdächtigungen innerhalb von Gruppen, Gruppierungen und Organisationen;
- Erzeugen bzw. Ausnutzen und Verstärken von Rivalitäten innerhalb von Gruppen, Gruppierungen und Organisationen durch zielgerichtet Ausnutzung persönlicher Schwächen einzelner Mitglieder;
- Beschäftigung von Gruppen, Gruppierungen und Organisationen mit ihren internen Problemen mit dem Ziel der Einschränkung ihrer Handlungen;



Die Richtlinie 1/76 regelte die Arbeit mit Operativen Vorgängen. Es wurden auch Maßnahmen der »Zersetzung« empfohlen, um politische Gegner des SED-Regimes systematisch zu demoralisieren.



## Der lautlose Terror der Stasi

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR entwickelte ab den 1970er Jahren eine besonders heimtückische Methode zur Bekämpfung politischer Gegner: die sogenannte »Zersetzung«. Statt offener Verhaftung setzte die Stasi zunehmend auf unsichtbaren Psychoterror – mit dem Ziel, Andersdenkende innerlich zu zermürben und handlungsunfähig zu machen.

Zu den Methoden der »leisen Repression« gehörten Wohnungseinbrüche, bei denen gezielt Gegenstände versteckt oder entfernt wurden, um die Bewohner an ihrem Verstand zweifeln zu lassen. Anonyme Briefe und gefälschte kompromittierende Fotos, die Familien und Freundschaften zerstörten. Gestreute Gerüchte, die Berufskarrieren ruinierten. Ärzte, Behörden und Arbeitgeber wurden instrumentalisiert, um das Leben der Betroffenen systematisch entgleisen zu lassen – ohne dass diese die Stasi dahinter ahnten.

Die Zersetzungstechniken wurden perfide verfeinert und Stasi-Offiziere konnten einen Studiengang für »Operative Psychologie« belegen.



»Die Strategie der ›Zersetzung‹ ist ein Angriff auf die Seele des Menschen.«

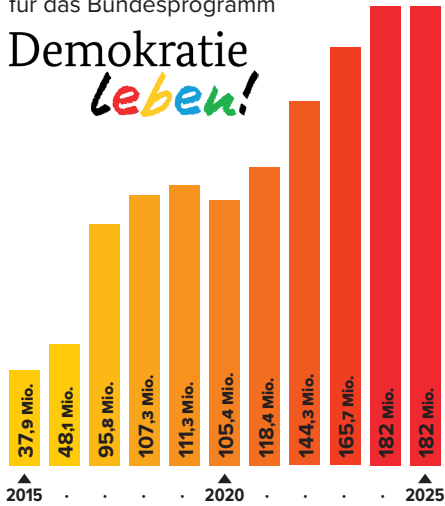
### Jürgen Fuchs

Schriftsteller und  
politischer Häftling der DDR

# Der NGO-Komplex

Staatliche Fördermittel  
für das Bundesprogramm

Demokratie  
Leben!



Quelle: Haushalt Bundesfamilienministerium

## Die Methoden von heute

Die DDR ist Geschichte und in der heutigen Bundesrepublik gibt es keinen so hierarchisch organisierten Repressionsapparat wie die Stasi. Doch die frühere DDR-Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley warnte davor, dass einige Zersetzungsmethoden der Stasi auch in moderner Form wiederkommen könnten. Wie könnte das aussehen und welche Strukturen braucht es dafür?

## Die Delegation von staatlichen Hoheitsaufgaben

Was Behörden aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht dürfen – Bürger überwachen, Meinungen diesseits der Strafbarkeit verfolgen, politische Gegner anprangern – erledigen heute subventionierte Vereine und Stiftungen. Das Ergebnis: ein dichtes Netz aus staatlich finanzierten Aktivisten, der nach außen den Anschein zivilgesellschaftlicher Unabhängigkeit wahr.

Das Bundesfamilienministerium koordiniert über das Programm **Demokratie leben!** jährlich rund 200 Millionen Euro an Fördergeldern, die an Hunderte von Trägern fließen. Hinzu kommen Mittel der Länder, der EU und parteinaher Stiftungen. Die Empfänger übernehmen dabei Aufgaben, die staatlichen Behörden durch das Neutralitätsgebot verwehrt sind.

## Wichtige Akteure

Die **Amadeu Antonio Stiftung (AAS)** erhielt allein 2022 rund 4,5 Millionen Euro aus öffentlichen Mitteln. Sie betreibt unter anderem Meldestellen für »Hassrede« und berät Behörden beim Umgang mit politisch unerwünschten Äußerungen. **Ihre Bewertungsmaßstäbe sind intransparent; Betroffene haben kaum Möglichkeiten zur Gegenwehr.**

**Campact** organisiert Unterschriftenkampagnen und Mobilisierung zu tagespolitischen Themen – stets im Einklang mit den Prioritäten des linksprogressiven Milieus. Obwohl als gemeinnützig anerkannt, greift der Verein offen in Wahlkämpfe ein.

**Correctiv** finanziert sich zu erheblichen Teilen aus öffentlichen Quellen und regierungsnahen Stiftungen. Als facebookzertifizierter »Faktenchecker« kann die Redaktion Beiträge mit Warnhinweisen versehen und deren Reichweite algorithmisch drosseln lassen – ohne Einspruchsmöglichkeit für Betroffene. **Aufsehen erregte die Desinformationskampagne zum »Geheimtreffen in Potsdam«** (Januar 2024), die politisch gezielt vor der Europawahl lanciert wurde und bundesweite Demonstrationen auslöste.

**HateAid** ist ein Ableger der Campact-Kampagne »Hate Speech Stoppen«, der 2018

von der Campact-Aktivistin Anna-Lena von Hodenberg gemeinsam mit Campact e. V. und Fearless Democracy e. V. gegründet wurde. Die Gründung wurde von der Robert Bosch Stiftung unterstützt. Agiert als »Trusted Flagger« und betreibt mit staatlicher Förderung Melde- und Prozesstrukturen gegen legale Kritik.

► Als **Trusted Flagger** in Sozialen Netzwerken können bestimmte Organisationen Inhalte zur Löschung markieren. Diese Rolle, die **faktisch die einer Zensurbehörde** ist, wird **ohne gerichtliche Beschlüsse** ausgeübt.



Bild: Screenshot / correctiv.org

Bild: Screenshot / politicalbeauty.de

**Hessen gegen Hetze** ist eine staatliche Meldestelle, die vom hessischen Justizministerium betrieben wird und Nutzer dazu auffordert, legale, aber missliebige Äußerungen zu melden. Gemeldete Personen werden ohne Gerichtsverfahren unter Verdacht gestellt.

Das **Zentrum für Politische Schönheit (ZPS)** versteht sich selbst als »politisches Kunst-Kollektiv«, betreibt jedoch systematische Überwachung und öffentliche Denunziation politischer Gegner. Das ZPS richtete eine Datenbank zum Anprangern vermeintlicher AfD-Sympathisanten ein und erhielt dafür Förderung aus Steuermitteln. **Im Fall von Björn Höcke verübte das ZPS einen**

**massiven Angriff auf Wohnung, Familie und Persönlichkeitsrechte.** Wochenlang wurde das Privathaus belagert und die Familie wurde im Urlaub behelligt. Auf seiner Internetseite prahlte der Verein sogar damit, den privaten Hausmüll durchsucht zu haben. Vor allem die Kinder der Familie Höcke waren die Leidtragenden dieser Einschüchterungsversuche.

## »Demokratieförderung«? – Eine erste Bilanz

Die Zersetzungsmaßnahmen der Stasi basierten auf Rufmord, beruflicher Isolation, das Vergiften persönlicher Beziehungen und die Erzeugung von Misstrauen im sozialen Umfeld. Der heutige NGO-Komplex arbeitet mit denselben Wirkprinzipien: Wer durch eine Meldestelle denunziert, von einem Faktenchecker markiert oder durch das Zentrum für Politische Schönheit öffentlich angeprangert wird, erfährt dasselbe: sozialen Druck, Reputationsverlust, berufliche Konsequenzen – ohne Anklage, ohne rechtliches Verfahren, ohne die Möglichkeit zur Gegenwehr. Die Unschuldsvermutung gilt nicht, weil kein Recht gesprochen wird.

Nach über zwei Jahrzehnten »Kampf gegen Rechts« und unzähligen »Demokratieförderprojekten« ist es um unsere Demokratie schlecht bestellt: Das Vertrauen in den Rechtsstaat schwindet, die politische Repräsentationslücke wuchs und führte schließlich zum Aufstieg der AfD. Das wurde nicht mit politischer Auseinandersetzung beantwortet, sondern mit weiterer Ausgrenzung: im Parlament, in den Medien, durch den NGO-Komplex. Die gesellschaftliche Spaltung hat seitdem zugenommen.

»Woran könnte man erkennen, ob die Demokratie seit der Auflegung des Programms stärker geworden ist? [...] Wurde ›Vielfalt‹ auch unter Einschluss Andersdenkender ›positiv‹ zu gestalten versucht? Um wieviel besser steht es um gesellschaftliche Vielfalt dank jenes Programms?«

**Prof. em. Werner J. Patzelt**  
Politikwissenschaftler

## Die Rolle der Antifa

Brandanschlag auf ein Wahlkampffahrzeug  
der Thüringer AfD (Landtagswahlkampf 2019)

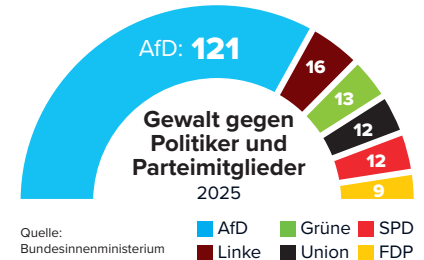
**ANTIFA  
BLEIBT  
HANDARBEIT**



## Das militante Vorfeld

Störung von öffentlichen Auftritten, Erpressung der Besitzer von Veranstaltungsräumen, gewalttätige Angriffe auf politische Gegner, Denunziation von exponierten Vertretern der Opposition beim Arbeitgeber, bei Geschäftspartnern und dem privaten Wohnumfeld: Für den Straßenkampf braucht es konspirative Truppen, denen man keine direkte Verbindung zu politischen Auftraggebern nachweisen kann. Das ist das Betätigungsfeld der sogenannten »Antifa«. Hier gibt es keine zentrale Organisation, sondern es handelt sich um ein dezentrales Netzwerk autonomer Gruppen ohne gemeinsame Führung, einheitliches Programm oder Mitgliedschaft.

Und doch gibt es Strukturen: Kollektive, Hochschulgruppen, Jugend- und Kulturzentren, sogenannte Recherche- und Dokumentationsnetzwerke, die zur Feindmarkierung dienen. Dieser Apparat wird von Mitarbeitern getragen, die Vollzeit beschäftigt werden. Die meisten Projekte werden durch Steuermittel finanziert, die entweder durch kommunale und staatliche Fördertöpfe oder durch Verteiler wie die Amadeu Antonio Stiftung vergeben werden. Darüber hinaus gibt es starke Überschneidungen mit Parteijugendorganisationen der Linken, Grünen und der SPD. In Einzelfällen sind militante Aktivisten auch bei Abgeordneten der genannten Parteien angestellt.



## Schauprozesse & »Lawfare«

»Es ist ja schon eine Bestrafung, das Handy weggenommen zu bekommen – es ist sogar schlimmer als die Strafzahlung selbst.

**Staatsanwalt Dr. Matthäus Fink**  
bei CBS News / 60minutes



**Hausdurchsuchungen nach Internetkommentaren:  
Deutsche Staatsanwälte feixen über die Opfer.**

## Bestrafe einen, erziehe Hundert

Wenn der Staat Einzelne mit unverhältnismäßiger Härte verfolgt, sendet er eine Botschaft an alle anderen: Wer aufbegehrt, riskiert alles. Diese Logik durchzieht eine Reihe von Verfahren aus den letzten Jahren.

**Michael Ballweg** saß 279 Tage in Untersuchungshaft. Das Ergebnis nach 44 Verhandlungstagen: Freispruch vom zentralen Betrugsvorwurf, Verwarnung wegen 19,53 Euro. Das Verfahren war intern als »staatschutzrelevant« eingestuft, ein politischer Berichtsfall an die Landesregierung.

Der Familienrichter **Christian Dettmar** wagte es, die staatlichen Corona-Maßnahmen gerichtlich zu hinterfragen. Er verlor Amt und Pension. Ein klares Signal an alle unabhängigen Richter.

**Dr. Bianca Witzschel:** Fast 500 Tage Untersuchungshaft, Hochsicherheitsaal, Berufsverbot — abgesehen von der Ärztin selbst gab es keinen einzigen Geschädigten. Doch der Staatsanwaltschaft war das Urteil noch zu milde.

Zur Razzia gegen **Heinrich XIII. Prinz Reuß** wurden Journalisten vorab eingeladen — die Bilder gehörten zur politischen Botschaft. Verhandelt wird ein abstraktes Gefährdungsdelikt, kein vollendeter oder auch nur versuchter Staatsstreich. Trotzdem: jahrelange Haft für einen 74-Jährigen.

Das **Verbot des Compact-Magazins** folgte demselben Muster: Zuerst die Bilder, dann das Recht — das Gericht kassierte das Verbot wieder ein.

Zur politischen Justiz gehört auch die systematische Kriminalisierung des Thüringer AfD-Fraktionsvorsitzenden **Björn Höcke**. Die Verurteilung wegen Meinungsäußerungsdelikten soll den Weg bereiten, den Vorsitzenden der in Thüringen stärksten Partei künftig von einer Kandidatur auszuschließen.

Eine besonders perfide Methode ist der strategische Missbrauch von Recht und Gerichten, um politische Gegner wirtschaftlich zu zermürben. Selbst wenn die Vorwürfe fadenscheinig und die Verfahren von vornherein juristisch aussichtslos sind, binden Aufwand und hohe Prozesskosten die Ressourcen des Beklagten und halten ihn damit von einer politischen Betätigung ab.

Der Begriff »**Lawfare**« ist ein Kofferwort aus englisch *law* (Recht) und *warfare* (Kriegsführung).

»Im Rahmen der Resilienzstärkung unserer Demokratie regeln wir den Entzug des passiven Wahlrechts bei mehrfacher Verurteilung wegen Volksverhetzung. Wir wollen [...] dazu insbesondere den Tatbestand der Volksverhetzung verschärfen.«

**Koalitionsvertrag CDU/CSU/SPD**

April 2025, Kapitel 3.2 Recht

## »Debanking« & Enteignung

IHR KONTO  
WURDE  
GEKÜNDIGT

UNS LIEGEN HINWEISE AUF  
POLITISCHE UNZUVERLÄSSIGKEIT VOR



## Leise Repression durch Kontokündigungen

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, werden in Deutschland immer häufiger Bankkonten gekündigt – ohne konkrete Straftat. Ohne Konto sind Spenden, Löhne, Mieten und alltägliche Zahlungen unmöglich. Die Folge: faktische Handlungsunfähigkeit. »Debanking« hat sich als effektives Mittel etabliert, um regierungskritische Akteure wirtschaftlich zu isolieren. Banken nutzen vage »Risikobewertungen« und Geldwäschevorschriften, um unliebsame Organisationen und Personen aus dem Finanzsystem zu drängen.

Besonders betroffen ist die **AfD**. 2025 kündigten Volksbanken in Düsseldorf-Neuss, Ostwestfalen-Lippe und weiteren Regionen Konten von Kreis- und Landesverbänden. Die Banken nannten keine sachlichen Gründe und beriefen sich auf das Bankgeheimnis.

Ähnlich erging es regierungskritischen Medien: Das **Compact-Magazin** verlor sein Konto bei der Mittelbrandenburgischen Sparkasse, das Online-Magazin **Manova** bei der GLS-Bank und das Internetradio **Kontrafunk** bei der Volksbank Pirna. In

allen Fällen wurde die Zusammenarbeit ohne nachweisbares Fehlverhalten beendet – mit verheerenden Folgen für die Betroffenen.

Ein extremes Beispiel ist der österreichische Identitären-Aktivist **Martin Sellner**: Er hat nach eigenen Angaben inzwischen 115 Bankkonten verloren, über 340 weitere Eröffnungen wurden ihm verweigert.

Es braucht kein Gerichtsurteil, keine Beweise, nur den Verdacht auf »Reputationsrisiko«. Es bedarf keiner Verbote mehr, die kritischen Stimmen werden einfach unsichtbar gemacht. Das ist ein massiver Angriff auf eine Demokratie, die von der freien politischen Betätigung lebt.

# WIDERSTAND GEGEN DIE ZERSETZUNG



»Ich komme aus der DDR, ich komme aus der Zukunft« – so pflegt sich der Journalist und Schriftsteller Michael Klonovsky vorzustellen. Hinter dem sarkastischen Bonmot steckt die bittere Realität, dass die mit der DDR überwunden geglaubten Methoden der »leisen Repression« heute längst wie-

der zur Unterdrückung von Regierungskritikern Anwendung finden. In abgewandelter Form, teilweise noch subtiler – und es gibt nicht mehr das eine »Ministerium für Staatsicherheit«, das man dafür verantwortlich machen könnte. Es gibt hunderte kleine private Initiativen, die heute diese Aufgabe

übernehmen. Und wir alle finanzieren sie mit unserem Steuergeld. In regierungsnahen Medien erfährt man davon nichts. Dort ist ständig die Rede davon, wie wichtig es sei, »unsere Demokratie« zu schützen – vor den eigenen Bürgern. Auch das erinnert heute stark an die DDR.



Transparenzhinweis:  
<https://twpw.afd-thl.de/k/cYtyAt>



[info@afd-thl.de](mailto:info@afd-thl.de)  
[www.afd-thl.de](http://www.afd-thl.de)



@afd.thl



@afd-landtags-tv



[https://t.me/afd\\_thl](https://t.me/afd_thl)

V.i.S.d.P.: Björn Höcke, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt.

Diese Publikation dient der Information und darf in einem Wahlkampf nicht zur Parteierwerbung eingesetzt werden.

